

QueerWeg

**Bundestagswahl
27.09.2009**



Wahlprüfsteine
(Kurzfassung)

Planen Sie eine Gleichstellung von Eingetragenen Lebenspartnerschaften mit Ehen in allen Bundesgesetzen?

Bündnis 90/Die Grünen

... "Planen" kann man das nicht so richtig nennen, aber ich bin entschieden dafür.

DIE LINKE.

Diese Ungleichbehandlungen müssen aufgehoben werden. Regelungen, die diskriminieren, lehne ich ab.

FDP

Die FDP setzt sich für die Gleichstellung von Lebenspartnerschaften ein. Die rechtlichen Benachteiligungen von Lebenspartnern insbesondere im Steuerrecht und im Beamtenrecht müssen beseitigt werden. In der 16. Wahlperiode hat die FDP bereits in einem Gesetzentwurf im Deutschen Bundestag die Gleichstellung bei der Erbschaftsteuer auch hinsichtlich der Steuersätze beantragt. Mit der sog. Maruko-Entscheidung hat der Europäische Gerichtshof den Mitgliedstaaten Vorgaben zur Gleichstellung gemacht, die dringend der Beachtung im nationalen Recht bedürfen. Alle Lebensgemeinschaften, in denen die Partner füreinander Verantwortung übernehmen, sind wertvoll und müssen von Staat und der Gesellschaft unterstützt werden. Wer gleiche Pflichten hat, verdient auch gleiche Rechte.

Piratenpartei

Bestrebungen dieser Art muss man a. unterstützen und b. weiter voran treiben. Gerade da eingetragenen Lebenspartnerschaften u.U. verschiedene Pflichten eingeräumt werden, auf Seiten der Rechte jedoch eine erhebliche Lücke klafft.

SPD

Wir werden den Respekt gegenüber Homo-, Bisexuellen und Transgender fördern und Vorurteile in der Gesellschaft abbauen. Den von uns beschrittenen Weg der Anerkennung gleichgeschlechtlicher Partnerschaften werden wir konsequent weiter gehen. Auf Bundesebene konnten wir in der großen Koalition das Erbschaftsrecht für lesbische und schwule Paare modernisieren.

Unser Ziel ist es, das Institut der eingetragenen Lebenspartnerschaften mit der Ehe gleichzustellen und bestehende Benachteiligungen abzuschaffen. Wir meinen, wer die gleichen Pflichten hat wie Eheleute, soll auch die gleichen Rechte haben.

Bezüglich der Familiengründung steht für die SPD nicht der Personenstand, sondern allen voran das Kindeswohl im Vordergrund. Familie ist da, wo Kinder sind!

Unterstützen Sie eine Ergänzung des Artikels 3 Absatz 3 im Grundgesetz um das Merkmal "sexuelle Orientierung und Identität"?

Bündnis 90/Die Grünen

Ja.

DIE LINKE.

Es muss eine bundesrechtliche Gleichstellung von homosexuellen Partnerschaften erfolgen. Dazu sollten die Möglichkeiten, die das Grundgesetz bietet, ausgeschöpft werden.

FDP

Die gemeinsame Verfassungskommission hat in der 12. Wahlperiode die Aufnahme eines Differenzierungsverbotes abgelehnt. Die Kommission vertrat die Auffassung, dass der Wortlaut der Verfassung wie auch die Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts bereits ausreichenden Schutz für Homosexuelle bieten.

Die erforderliche Zustimmung [zur Grundgesetzänderung] von CDU/CSU kann dabei auf lange Sicht als ausgeschlossen gelten. Die SPD streut den Betroffenen daher Sand in die Augen, wenn sie suggeriert, eine entsprechende Grundgesetzänderung sei in der kommenden Wahlperiode möglich. Weder im Beamtenrecht, noch im Steuer- oder Adoptionsrecht ist es [unter Rot-Grün] zu Fortschritten gekommen. Durch Reformen im Lebenspartnerschaftsrecht kann den betroffenen Paaren jedoch sehr konkret in ihrer täglichen Lebenssituation geholfen werden.

Piratenpartei

Wie oben bereits erwähnt, sind auch für mich verschiedene Dinge selbstverständlich, die im GG gesondert aufgezählt werden müssen. Meiner Meinung muss jede Diskriminierung oder Benachteiligung - egal ob welcher Faktoren - grundrechtlich ausgeschlossen sein. Dass diese Faktoren einzeln genannt werden müssen, ist eigentlich schon schlimm genug. Dennoch würde ich natürlich Bestrebungen der Präzisierung sehr gerne unterstützen.

SPD

Wir wollen, dass das Grundgesetz, so wie durch die bereits in Artikel 3 Absatz 3 aufgeführten Kriterien, auch bezüglich der sexuellen Identität einen grundsätzlichen und hinreichenden Schutz vor unzumutbarer Ungleichbehandlung gibt. Um die Gleichstellung sexueller Minderheiten dauerhaft zu sichern, ist die Aufnahme des Merkmals 'sexuelle Identität' in den Artikel 3 des Grundgesetzes richtig und geboten.

Erachten Sie eine Reform des Transsexuellen-gesetzes für notwendig? Planen Sie in der folgenden Legislaturperiode eine Reform, und wenn ja, mit welchen Änderungen?

Bündnis 90/Die Grünen

Wenn ich Ihre Einleitung lese, ist eine Reform sicher notwendig. Allerdings bin ich mit der Materie zu wenig vertraut.

DIE LINKE.

Der Diskurs um diese Fragen muss forciert werden. Gemeinsam mit Betroffenen und Experten sind mögliche Neuerungen des Transsexuellengesetzes sachlich zu diskutieren. Priorität dabei muss die Verbesserung der Lebensqualität der Betroffenen haben.

FDP

Die FDP hat in den vergangenen Jahren immer wieder eine umfassendere Reform des Transsexuellengesetzes gefordert. Das Bundesverfassungsgericht hat zentrale Regelungen für verfassungswidrig angesehen. Eine Reaktion des Gesetzgebers auf die Entscheidungen ist bis heute überwiegend nicht erfolgt. Dies ist ein Skandal und eine Demütigung für die Betroffenen. Ziel einer Reform des Transsexuellengesetzes muss die Stärkung des Selbstbestimmungsrechts der Betroffenen sein. Dazu gehören aus Sicht der FDP unter anderem eine Beschleunigung des Verfahrens, eine Änderung des Verfahrens zur Begutachtung sowie der Verzicht auf das Erfordernis der dauernden Fortpflanzungsunfähigkeit und des geschlechtsverändernden operativen Eingriffs.

Piratenpartei

Nach meinem Kenntnisstand gibt es bereits mehrere Urteile des BVerG mit klaren Hinweisen zur Anpassung des TSG. Ebenso spricht der Menschenrechtskommissar des Europarates von Widersprüchen mit EU-Recht. Das bedeutet, dass eine Reform offensichtlich notwendig ist.

SPD

Die SPD hält die Reform des TSG für notwendig. Leider ist es dem in der Sache federführenden Bundesinnenministerium in der aktuellen Legislaturperiode nicht gelungen, in Zusammenarbeit mit den Betroffenen bzw. ihren Verbänden eine sachgerechte Reform des TSG zu konzipieren und umzusetzen. Wichtig ist, dass das neue Gesetz sich endlich an der Lebenswirklichkeit von Transsexuellen orientiert.

Welche finanziellen Mittel wollen Sie Aufklärungsprojekten und wissenschaftlichen Studien zur Verfügung stellen? Wie kann für Sie darüber hinaus eine weitere Unterstützung dieser Projekte aussehen (z.B. Förderung Ehrenamt)?

Bündnis 90/Die Grünen

Aufklärungsprojekte sind sinnvoll und nach wie vor absolut notwendig. Sie müssen ausreichend finanziell abgesichert sein. Genauer kann ich mich auf Grund fehlender Sachkenntnis hinsichtlich der notwendigen Mittel dazu leider nicht äußern.

DIE LINKE.

Die Projekte der Aufklärungsarbeit müssen hinreichend finanziert werden, um ihre wichtige Arbeit in guter Qualität durchführen zu können. Eine deutliche Aufstockung der Finanzmittel ist in jedem Fall nötig. Ich werde mich dafür stark machen.

FDP

Die FDP will eine Stiftung auf den Weg bringen, die die homosexuelle Bürger- und Menschenrechtsarbeit sowie die interdisziplinäre Forschung über Homosexualität und Geschlechterfragen fördert.

Es ist daher wichtig, dass freie Hilfs-, Beratungs- und Betreuungsinstitutionen durch finanzielle Absicherung und bedarfsgerechten Ausbau unterstützt werden.

Piratenpartei

AIDS-Aufklärung ist angesichts des Risikos der Erkrankung unverzichtbar. Die Förderung von Ehrenämtern finde ich unabhängig der Zielsetzung sehr wichtig, denn häufig sind diese Arbeiten in ihren Wert nicht in Geld umzurechnen. Ich könnte mir aber u.U. steuerliche Erleichterungen (erhöhte Werbungskosten, etc.) als Förderung für solche Ämter vorstellen.

SPD

Angesichts der steigenden HIV-Neuinfektionen haben wir die Ausgaben für die HIV-Prävention seit 2007 um 4 Mio. jährlich auf nunmehr 13,2 Mio Euro erhöht. Die Kampagne "Ich Weiss Was Ich Tu" ist im letzten Jahr gestartet. Sie wird wissenschaftlich begleitet.

Die HIV-Präventionsarbeit kann jedoch nur erfolgreich sein, wenn sie auch auf Landes- und kommunaler Ebene angemessen finanziert wird. Die finanzielle Ausstattung der regionalen Aidshilfen kann die Bundesregierung nicht gesetzlich anordnen. Die Bundesregierung wird jedoch weiterhin an die Länder- und Kommunen appellieren ihren Beitrag bei der HIV-Prävention zu leisten.

Sind Sie bereit, sich für eine Rehabilitierung der nach 1945 wegen einvernehmlichen homosexuellen Handlungen verurteilten Menschen einzusetzen?

Bündnis 90/Die Grünen

Auf jeden Fall.

DIE LINKE.

Ja! Mit einer Rehabilitierung dürfen wir nicht länger warten. Homosexuelle Liebe wurde zu Unrecht in der BRD kriminalisiert.

FDP

Die FDP hat nie einen Zweifel daran gelassen, dass die nach 1945 in der BRD ergangenen Urteile wegen § 175 StGB aus heutiger Sicht auf völliges Unverständnis stoßen und geeignet waren, Biographien zu zerstören. Der Deutsche Bundestag hat bekannt, dass durch die nach 1945 weiter bestehende Strafdrohung homosexuelle Bürger in ihren Menschenrechten verletzt worden sind. Die Verurteilungen nach 1945 wegen § 175 StGB entfalten heute keine Rechtswirkungen mehr. Die Tilgung aus den Strafregistern ist längst erfolgt. Ein Nachweis einer Verurteilung wegen § 175 StGB kann daher heute nicht mehr erbracht werden. In den polizeilichen Führungszeugnissen taucht die Verurteilung folglich nicht mehr auf.

Piratenpartei

Gerade die zwischen den Jahren 1950 bis 1970 extrem hohe Anzahl an Verurteilungen (über Vorkriegsniveau!) ist eine Schande für unser Rechtssystem und nachweislich ein Verstoß gegen die Europäische Menschenrechtskonvention. Dieser Bewertung schloss sich der Bundestag bereits im Jahr 2000 an. Dies führte jedoch nicht zu einer Rehabilitierung Betroffener. Gerne unterstütze ich entsprechende Bestrebungen.

SPD

Grundsätzlich ist es aus staatspolitischen Erwägungen äußerst schwierig, Rechtsprechung der Bundesrepublik ex post als „fortgeltendes NS-Unrecht“ einzustufen. Eine finanzielle Entschädigung wird aber nicht durchsetzbar sein. So unbefriedigend und schmerzhaft diese Situation für die Betroffenen ist, so sehr ist sie eben auch ein Ergebnis der überragenden Bedeutung des Rechtsstaatsprinzips. [Es] wird daran gearbeitet, eine Lösung zu finden, die den Betroffenen doch noch hinreichend gerecht wird.

Welche Möglichkeiten zur weltweiten Aufhebung von LSBT-bezogener Diskriminierung sehen Sie? Werden Sie sich für eine Anwendung der Yogyakarta-Prinzipien durch die künftige Bundesregierung einsetzen?

Bündnis 90/Die Grünen

Die Bundesrepublik muss sich im Rahmen ihrer Möglichkeiten auch international dafür einsetzen, dass die allgemeinen Menschenrechte wirklich für alle Menschen gelten.

DIE LINKE.

Menschenrechtsgruppen sind in ihren Bemühungen gegen bestehende Diskriminierungen stärker als bisher zu unterstützen. Die Yogyakarta-Prinzipien können als Orientierung dienen.

FDP

Um gegen Menschenrechtsverletzungen entschlossen vorzugehen, muss sich Deutschland stärker mit seinen Partnern auf internationaler Ebene abstimmen. Alle Staaten müssen ihren Menschenrechtsverpflichtungen nachkommen, UN-Überwachungsmechanismen zulassen und mit den Sonderberichterstattern zusammenarbeiten.

Selbstverständlich müssen auch schwul-lesbische Organisationen, die eine aktive Menschenrechtsarbeit betreiben, im offiziellen Akkreditierungsverfahren der UN berücksichtigt werden. Deutschland muss daher die Yogyakarta-Prinzipien in der auswärtigen Politik berücksichtigen und sich für ihre internationale Anerkennung einzusetzen.

Piratenpartei

Leider ist es offensichtlich im Jahr 2009 noch nicht üblich, dass sowohl Menschenrechte, als auch Anti-Diskriminierungsbestrebungen für jeden Menschen, in jedem Land gleich gelten. Betreffend bestimmter EU-Länder, in denen Diskriminierung statt findet, muss eben jene EU auf die Umsetzung der Menschenrechtskonvention pochen, zur Not mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln. Außerdem muss genau dort auch die gesellschaftliche Aufklärung besonders intensiv betrieben werden.

SPD

Wir setzen uns aktiv für die Verhinderung der Verfolgung Angehöriger sexueller Minderheiten ein. Auf internationaler Ebene wollen wir die Umsetzung der Yogyakarta-Prinzipien befördern. [Wir werden] unseren Einfluss über die Kommission und im Europäischen Parlament nutzen, um auch vor unserer Haustür auf die Einhaltung von Gleichberechtigung und Toleranz zu achten.

QueerWeg

... schwul-lesbischer Verein für Jena & Umgebung
... die Plattform für deine Projekte

Wie bereichern Jena durch

... Aufbau einer queeren Bibliothek

... Informationsveranstaltungen

z.B. zum Internationalen Tag gegen Homophobie

... Kulturveranstaltungen

z.B. Lesungen, Vorträge, Konzerte

Die QueerWeg-Wahlprüfsteine haben wir verschickt an die Wahlkreisvorschläge sowie die Landeslisten-Ersten von Bündnis 90/Die Grünen, CDU, Die Linke, FDP, MLPD, ödp, Piratenpartei, Republikaner, SPD.

Geantwortet haben:

- für Bündnis 90/Die Grünen: Olaf Möller
- für Die Linke: Ralph Lenkert
- die FPD
- für die Piratenpartei: Daniel Schultheiß
- für die SPD: Karl-Josef Wasserhövel

Alle Antworten in kompletter Länge:

www.QueerWeg.de

schwul-lesbischer Verein für Jena und Umgebung

Postfach 100202, 07702 Jena; gemeinnütziger Verein laut vorläuf.
Bescheinigung Nr. 161/142/30654, Finanzamt Gera (25.04.2008)